

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Torsten Hofer (SPD)**

vom 11. August 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. August 2021)

zum Thema:

**Seniorenbegegnungsstätte Stille Straße 10, Niederschönhausen – u.a.
Ersatzstandort**

und **Antwort** vom 25. August 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. Aug. 2021)

Herrn Abgeordneten Torsten Hofer (SPD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/28347

vom 11. August 2021

**über Seniorenbegegnungsstätte Stille Straße 10, Niederschönhausen – u.a.
Ersatzstandort**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher das Bezirksamt Pankow um Stellungnahme gebeten, die dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurden. Sie wird in den Antworten zu den Fragen 1 bis 10 wiedergegeben.

1. Wie ist der aktuelle Sachstand zur Seniorenbegegnungsstätte Stille Straße 10, 13156 Berlin-Pankow?

Zu 1.:

Derzeit nutzt der Förderverein Stille Straße e.V. die Räumlichkeiten der Stillen Straße 10 für den Betrieb der „Begegnungsstätte Jung und Alt“. Grundlage ist ein Kooperationsvertrag mit dem Volkssolidarität Landesverband Berlin e.V. (nachfolgend Volkssolidarität genannt), welcher einen Nutzungsvertrag mit dem Bezirksamt geschlossen hat. Der Nutzungsvertrag besteht seit dem 20.12.2012 und wird jährlich um ein Jahr verlängert. Am Standort Tschaikowskistraße 14 sollen neue Flächen für die Begegnungsstätte entstehen.

2. Inwiefern und wie lange ist der Verbleib der Einrichtung am jetzigen Standort noch gesichert?

Zu 2.:

Zum zeitlichen Verbleib der Seniorenbegegnungsstätte am jetzigen Standort kann keine finale Aussage getroffen werden. Der Nutzungsvertrag kann, unter Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten, weiterhin jährlich verlängert werden.

3. Wie ist der aktuelle Stand hinsichtlich des Ersatzstandorts Tschaikowskistraße 14?

Zu 3.:

In 2016 wurde durch die Volkssolidarität ein Antrag auf Vorbescheid zur Bebauung beim Stadtentwicklungsamt des Bezirks Pankow gestellt. Ein Bauantrag wurde nicht eingereicht, der Vorbescheid ist nicht mehr gültig. In 2019 wurde im Rahmen der Bauberatung durch die GESOBAU AG (Eigentümerin) sowie die Volkssolidarität erneut die Bebaubarkeit des Grundstückes angefragt und Bebauungskonzepte in mehreren Varianten vorgestellt, die jedoch das im Vorbescheid beantragte und für zulässig erklärte Nutzungsmaß überschritten. Derzeit werden die offenen baurechtlichen Fragestellungen geklärt. Das Baukonzept sieht entsprechende Räumlichkeiten für die Belange der Begegnungsstätte vor.

4. Was sind die einzelnen Fragen, die noch geklärt werden müssen?

Zu 4.:

Hinsichtlich der planungsrechtlich zu klärenden Fragen ist festzustellen, dass die bislang vorgestellten Konzepte eine zu hohe Geschossfläche aufweisen, die den maßgeblichen Umgebungsrahmen überschreitet. Planungsrechtlich sind Vorhaben auf dem Grundstück Tschaikowskistr. 14 gem. § 34 BauGB zu beurteilen. Demnach ist ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist.

5. Wie viel Geld wird voraussichtlich benötigt? Welche Maßnahmen sind vorgesehen?

Zu 5.:

Es war vorgesehen, dass die GESOBAU und die Volkssolidarität die Baumaßnahme in eigener Verantwortung realisieren und der Betrieb der Begegnungsstätte im Rahmen anderer Nutzungen in der Tschaikowskistraße 14 (Eingliederungshilfe, Pflegewohnen, o.ä. – sogenannte „Bielefelder Modell“) finanziert wird. Inwieweit sich das umsetzen lässt, oder welche finanziellen Mittel erforderlich werden, hängt maßgeblich von der Klärung der planungsrechtlichen Fragen und dem möglichen Maß der Bebauung (siehe Frage 4.) ab.

6. Inwiefern ist die Finanzierung des Ersatzstandorts gesichert?

Zu 6.:

Bisher ist keine Investitionsmaßnahme seitens des Bezirks Pankow geplant, so dass keine Aussagen zu möglichen Gesamtkosten und zur Finanzierung getroffen werden können.

7. Inwiefern werden die Seniorinnen und Senioren sowie der Förderverein über den aktuellen Stand informiert und in die Überlegungen miteinbezogen?

Zu 7.:

Das Stadtplanungsamt des Bezirks steht bzgl. der Planungen zur Bebauung der Tschaikowskistraße 14 im Kontakt mit der GESOBAU AG und der Volkssolidarität. Die Volkssolidarität unterrichtet ihrerseits den Vorstand des Fördervereins. Die GESOBAU AG

hat den Förderverein ebenfalls in die Entwicklung des Bebauungskonzepts eingebunden. Zur Verlängerung des Nutzungsvertrags stimmen sich Bezirk und Volkssolidarität ab.

8. Inwiefern gibt es Überlegungen, durch Mittelumschichtungen frei gewordene Gelder im SIWA (Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt) für die Stille Straße 10 bzw. den Ersatzstandort zu nutzen? Inwiefern beabsichtigt der Bezirk, einen Antrag auf Mittelumwidmung zu stellen? Welche Mittel hat der Bezirk dabei im Auge?

Zu 8.:

Die Mittel, die in SIWA für Maßnahmen des Bezirks Pankow eingestellt wurden, werden auch für diese Maßnahmen benötigt. Mittelumschichtungen sind deshalb momentan nicht angedacht und können daher auch nicht zugunsten der Stillen Straße erfolgen.

9. Innerhalb welches Zeitraums werden die noch offenen Fragen geklärt?

Zu 9.:

Hinsichtlich der grundsätzlichen planungsrechtlichen Zulässigkeit ist davon auszugehen, dass offene Fragen in den nächsten Wochen geklärt werden. Eine verbindliche und abschließende planungsrechtliche Beurteilung ist erst im Rahmen eines Vorbescheidsantrags- oder Bauantragsverfahrens - nach Vorlage vollständiger prüffähiger Unterlagen - möglich.

10. Wann wird der Ersatzstandort perspektivisch fertig sein und in Betrieb gehen können?

Zu 10.:

Es kann derzeit kein Zeitpunkt genannt werden.

Berlin, den 25. August 2021

In Vertretung
Barbara König
Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung